

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 88 848-48 ppbn d

Inhalt

Helmut Rohde MdB, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) ruft nach der Strauß-Nominierung zum Kanzlerkandidaten der Opposition zur Mobilisierung gegen die Systemveränderung von rechts auf.

Seite 1-3

Egon Lutz MdB, Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Probleme des Arbeitsmarktes" der SPD-Bundestagsfraktion, bezeichnet die Frauen und die älteren und schwerbehinderten Arbeitnehmer als Problemgruppen des Arbeitsmarktes.

Seite 4/5

Lothar Curth MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen, unterstützt die Forderung nach Zusammenführung der Omnibusdienste von Bahn und Post.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 88 11

34. Jahrgang / 126 / 5. Juli 1979

Strauß: Systemveränderung von rechts

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Die bundesweite Ausdehnung der CSU findet statt - zwar nicht an der CDU vorbei, sondern im Unionslager selbst. Das ist die Konsequenz der Kandidatenwahl in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Fast die Hälfte der CDU-Abgeordneten hat dabei Strauß das Bundestor geöffnet und die eigene Parteiführung im Stich gelassen. Der CDU-Kandidat Albrecht wurde nur noch wie ein "Luschen im Skat" behandelt. Ein Führungswechsel mit weitreichenden politischen und personellen Konsequenzen ist vollzogen worden. Gesiegt hat das Bündnis zwischen CSU und rechtem Flügel der CDU, in dessen Sog am Ende allerhand Wankeimütige und politische Spekulanten mitgezogen wurden. Nicht allein die Wahl selbst, auch ihre monatelange Vorgeschichte hat die Union verändert. Strauß braucht jetzt keine vierte Partei mehr, nachdem sich ihm die CDU so hilflos und maövrierunfähig ausgeliefert hat und er nunmehr über die Macht verfügt, sie nach seinem politischen Bild mitzuformen. Er wird aus der Union eine andere Parteiformation machen, als sie das bisher war. Die "Union der sozialen Schichten, Gruppen, geistigen und religiösen Überzeugungen und Strömungen" - wie

sich die CDU gern verstand -, sie wird jetzt umfunktioniert, auf "Geschlossenheit" für die von Strauß angekündigte "große Wende" getrimmt.

Strauß kann sich jetzt großzügig gegenüber der CDU zeigen. Deren Führung hat vorgezeigt, daß sie über keine verlässlichen Truppen mehr verfügt. Die Partei Konrad Adenauers ist nicht mehr Herr ihrer selbst. Unterwerfungsrituale treten hervor. In Strauß personifiziert sich der Wahl- und Machtkampf der Union. Das sichert ihm dort Führung und schafft politisch freie Hand.

Strauß ist die Symbolfigur des rechten Flügels der deutschen Politik, und das schließt Angriffe auf demokratische und soziale Grundpositionen der Bundesrepublik ein. Wie er aus der Union eine andere Parteiformation machen wird, so will er für die ganze Bundesrepublik "die große Wende". Ihn regen schon die Sozialausschüsse der CDU auf, die er dem Spott und der politischen Verachtung seiner Mannen ausliefert. Daß sie ihn jetzt "mittragen" wollen, wird er auf seine Weise genießen. Das CSU-Verhalten signalisiert Richtungen und Absichten. Viel rätseln braucht man dabei nicht. Die CSU hat reichlich dokumentiert, wie Systemveränderungen von rechts betrieben werden soll. Immer wieder rücken dabei folgende Punkte in den Vordergrund:

1. Gegnerschaft gegen eine gleichgewichtige und solidarisch ausgeübte Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Die CSU will die rechtlichen Grundlagen und Eckpfeiler von Mitbestimmung und Betriebsverfassung angreifen. Arbeitnehmervertretung soll geschwächt, entsolidarisiert und um Einflußmöglichkeiten gebracht werden.
2. Angriffe auf die Einheitsgewerkschaften. Die Spalterpläne der CSU signalisieren die Absicht, einen auf Zermürbung angelegten politischen Kampf gegen die Unabhängigkeit der Gewerkschaften und gegen die entschiedene Vertretung und Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen zu führen. Arbeitnehmervertretung neutralisieren und Unternehmensverbände politisieren, das ist die Parole. Das gehört zur "Wende" von Strauß. Unternehmensverbände werden zur Geschlossenheit und zum politischen Engagement aufgerufen, Gewerkschaften sollen teils neutralisiert, teils in politische Richtungskämpfe hineingehetzt werden. Hier helfen nur Selbstbewußtsein und Entschiedenheit gegenüber dem mit Taktik durchsetzten Intrigenspiel der CSU.
3. Gegnerschaft gegen die Entwicklung sozialer Sicherung. Die Unionsrechte will Kurskorrektur im Sinne der Privatisierung anstelle der sozialen Absicherung von



Lebensrisiken. Biedenkopf und Strauß haben das vorgefabriziert. Das zynische Wort vom "Sozialklimbim" geht um. Das Netz der sozialen Sicherung soll große Maschen erhalten.

4. Einkommenspolitische Kurskorrektur. Wer die Einkommenspolitik der CSU-Führung (ihre Haltung gegenüber Steuern, Sozialleistungen und Tarifbewegungen) mit den Auswirkungen der Energiekrise in Verbindung bringt, kann unschwer das Ziel der Reise erkennen. Die Richtung heißt einseitige Verteilung der Lasten der Energiekrise. Das verbirgt sich hinter der Agitation "gegen die Gleichmacherei". Einkommensunterschiede sollen ausgerechnet in einer Zeit wieder schärfer profiliert werden, in der allein der Wille zu mehr sozialer Gerechtigkeit die Bundesrepublik vor tiefgreifenden sozialen und politischen Konflikten bewahrt.

Ob Strauß ein "Wunsch Kandidat" ist, kann jeder halten wie er will. Auf jeden Fall ist er ein gefährlicher Kandidat, und zwar in doppelter Hinsicht: Erstens läßt sich schon jetzt erkennen, wie durch den von ihm provozierten Wahlkampf die Bundesrepublik 1980 gebeutelt wird. Und zum anderen ist Strauß der Parteiführer, der sich am radikalsten gegen den Prozeß der Demokratisierung und gegen die Entwicklungstendenzen unserer sozialen Ordnung wendet. Einheitsgewerkschaften, Mitbestimmung und soziale Sicherheit anzugreifen, Einkommensunterschiede zu profilieren, Arbeitsbeziehungen umzukrempeln, die soziale Landschaft zu Lasten der Arbeitnehmer zu verändern - das geht an die Substanz unserer Sozialordnung. Das berührt nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die wirtschaftliche und politische Stabilität der Bundesrepublik. Das ist eine Strategie des sozialen Konflikts. Wie es eine andere Union gibt, würde es auch eine andere Bundesrepublik geben. Mag sich Strauß zunächst auch noch diplomatisch und mit staatsmännischer Attitüde in die politische Wahlkampfarena begeben, über die Rigorosität seiner Absichten und seines Wahlkampfkonzeptes darf man sich nicht hinwegtäuschen lassen.

Die Kräfte der sozialen Demokratie, die weithin die Bundesrepublik entwickelt und ihren spezifischen politisch-gesellschaftlichen Charakter geprägt haben, sind zur Offensive herausgefordert. Die Vergangenheit von Strauß und seine Eroberung des Unionslagers in den letzten Monaten zeigen, daß dieser Mann nur im Angriff, mit Selbstbewußtsein und eindeutigen Alternativen überwunden werden kann. Die Konzentration und Mobilisierung der politischen und organisatorischen Kräfte des politischen Lagers der sozialen Demokratie ist die Hauptaufgabe im Blick auf die 80er Jahre.

(-15.7.1979/v0-he/hgs)



Die Konjunktur steht weiter unter Dampf

Vor negativen Auswirkungen der Ölkrise auf die Beschäftigungssituation

Von Egon Lutz MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Probleme des Arbeitsmarktes" der SPD-Bundestagsfraktion

Die Ferien haben begonnen - auch auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt. Die neuesten Daten, die die Bundesanstalt für Arbeit heute für den Monat Juni veröffentlichte, machen deutlich, daß mit der beginnenden Urlaubszeit die ganz großen Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt ausblieben.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen lag im Juni mit 763.000 (dies entspricht einer Quote von 3,3 Prozent) zwar um nicht weniger als 114.000 unter dem Vorjahreswert. Jedoch belegt der Vergleich mit dem Vormonat (- 12.000) die oben angedeutete Tendenz augenfällig.

Werfen wir einen Blick auf die Gesamtstatistik: Im Juni standen 333.000 gemeldeten arbeitslosen Männern (dies entspricht einer Quote von 2,3 Prozent) rund 430.000 arbeitslose Frauen gegenüber (Quote: 4,9 Prozent). Damit liegen die Männer um 10.500, die Frauen jedoch nur um 1.400 unter dem Wert des Vormonats.

Die Zahl der Kurzarbeiter entwickelte sich außerordentlich positiv: 65.000 im Juni gemeldeten Kurzarbeitern wurde das Vorjahresergebnis um nicht weniger als 166.000 unterschritten.

Der Bestand an offenen Stellen hat sich weiter konsolidiert: Er liegt mit 355.000 noch einmal um 23.500 über dem Mai-Ergebnis und um immerhin 75.000 über dem Vorjahreswert. Erwartungsgemäß profitierte von dieser Entwicklung fast ausschließlich der Vollzeitarbeitsmarkt. Bei der Teilzeitarbeit gab es im Stellenangebot nämlich kaum Veränderungen. Mit 24.900 offenen Stellen ist gegenüber dem Vormonat nur ein Plus von 1.400 zu vermelden. Dem stehen in der Arbeitslosenstatistik 164.000 Frauen gegenüber, die im Juni eine Teilzeitarbeit suchten. Dieses krasse



Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage wirft ein grelles Schlaglicht auf die besonderen Probleme der Frauenarbeitslosigkeit.

In den beiden Problemgruppen der älteren und schwerbehinderten Arbeitnehmer sind die Zahlen leicht angestiegen. Der Ausleseprozeß der Unternehmen zu Lasten dieser Gruppen geht mit unverminderter Härte weiter.

Zwar ist die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen zwischen Mai und Juni auch leicht angestiegen (um 1.200 auf 56.000), jedoch ist dies wohl hauptsächlich auf Schulabschluß und Ferienbeginn zurückzuführen. Der Vergleich mit dem Vorjahr zeigt hier (- 16.000), daß sich die Gesamtsituation doch deutlich verbessert hat, nicht zuletzt auch deshalb, weil das Lehrstellenangebot in den letzten Monaten merklich zugenommen hat.

In der Gesamtschau kann man wohl sagen, daß die Konjunkturlokomotive der bundesdeutschen Wirtschaft weiterhin unter Dampf steht. Allerdings ist zu erwarten, daß wir mit dem Juni-Ergebnis bei den sinkenden Arbeitslosenzahlen eine vorläufige Schallmauer erreicht haben, die in den kommenden Monaten schwer zu durchbrechen sein wird. Man muß kein Prophet sein, um vorhersagen zu können, daß die derzeitige Ölkrise auch negative Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation in unserem Land haben wird. Die Wirtschaft sollte das Preisdiktat der OPEC-Staaten und der Öl-Multis jedoch nicht zum Vorwand nehmen, den Rationalisierungsdruck auf die Arbeitnehmer weiter zu verstärken.

Eine Schlüsselrolle in der weiteren Wirtschaftsentwicklung wird der Bundesbank zukommen. Sie sollte sich davor hüten, ihre antiinflationistische Politik nur über einen hohen Diskontsatz zu betreiben. Zu schnell könnte sie damit unsere Konjunktur zu Tode bremsen und wieder hunderttausende von Arbeitsplätzen gefährden.

(-/5.7.1979/vo-he/hgs)

+ + +



Busse von Bahn und Post unter einem Dach

Für öffentlich-rechtliche Organisation der Busdienste

Von Lothar Curdt MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Verkehr,
und für das Post- und Fernmeldewesen

Fast würde es lohnen, ein Jubiläum zu feiern: Vor 25 Jahren, am 13. Januar 1954, wurde im Deutschen Bundestag ein erster Antrag der SPD-Bundestagsfraktion mit dem Ziel der Zusammenführung der Busdienste von Bundesbahn und Bundespost eingebracht. Seitdem ist die Diskussion über das "Wie" einer Zusammenführung der Busdienste nicht abgerissen. Die verschiedensten Vorschläge wurden erörtert und einige Maßnahmen auch beschlossen; das ursprüngliche Ziel aber konnte bisher nicht voll realisiert werden. Gegen den Vorschlag, die beiden Busdienste als Unternehmensgruppe - also in privatrechtlicher Lösung - zusammenzuführen, hat es viele Einwendungen gegeben. Die Arbeitsgruppe Verkehr, Post- und Fernmeldewesen der SPD-Bundestagsfraktion hat jetzt die Zustimmung der SPD-Fraktion für eine öffentlich-rechtliche Lösung dieses Problems erhalten. Damit konnte das Ziel verwirklicht werden, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die nach sozialdemokratischer Auffassung notwendige Verbesserung der Organisationsform zu erreichen.

Die Arbeitsgruppe Verkehr, Post- und Fernmeldewesen hat die theoretischen und praktischen Realisierungsmöglichkeiten öffentlich-rechtlicher Organisationsmodelle für die Zusammenführung der Busdienste von Bahn und Post mit dem Ziel der Sicherung der Verkehrsbedienung auf Dauer auch in der Fläche und einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in diesem Bereich seit dem Frühjahr 1978 intensiv erörtert.

Grundlage der Beratungen waren folgende Punkte, in denen eine Übereinstimmung in der SPD-Bundestagsfraktion festgestellt worden war:

- Die beiden Busdienste sollen zusammengeführt werden.
- Diese Busdienste sollen auch künftig im Eigentum des Bundes bleiben.
- Der Bund soll auch in Zukunft seinen bisherigen Verpflichtungen im öffentlichen Personennahverkehr nachkommen.
- Struktur- und Raumordnungsgesichtspunkte müssen berücksichtigt werden.
- Die Deutsche Bundesbahn soll auch weiterhin ein Dispositionsrecht in diesem Bereich haben.

Vorschläge, die Zusammenführung der Busdienste von Bahn und Post in der Form eines Sondervermögens vorzunehmen, sind nach Abwägung aller Kriterien realisierbar.

Vorschläge einer Zusammenführung der Busdienste von Bahn und Post in der Form einer Omnibusgemeinschaft Bahn-Post mit Kosten- und Ertragspooling oder einer Omnibusbetriebsgemeinschaft sind insbesondere im Hinblick auf rechtliche Probleme sowie



offene Fragen im Direktionsrecht und der Personalsteuerung ebenfalls nicht durchsetzbar.

Die Arbeitsgruppe Verkehr, Post- und Fernmeldewesen der SPD-Bundestagsfraktion stellt fest, daß der Deutschen Bundesbahn als Schienenpersonenverkehrsträger des Bundes auch im Straßenpersonenverkehr des Bundes Vorrang eingeräumt werden muß. Sie empfiehlt daher die Überleitung des Postreisedienstes auf die Deutsche Bundesbahn.

Nach ihren Vorstellungen soll als Voraussetzung

- zur Schaffung eines befriedigenden, möglichst besseren Verkehrsangebotes,
- zur Verbesserung der Kooperation im Personenverkehr,
- zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und
- zur Aufrechterhaltung der öffentlich-rechtlichen Organisationsform

für den zusammengefaßten Busdienst bei der Deutschen Bundesbahn der Busverkehr

- sowohl betrieblich als auch verwaltungsgemäß regional organisiert werden,
- klar von den übrigen DB-Aufgabenbereichen abgegrenzt werden,
- mit abschließender Finanz- und Resultatsverantwortung ausgestattet werden.

Die Arbeitsgruppe Verkehr, Post- und Fernmeldewesen geht daher davon aus, daß

- zumindest das Omnibusfahrpersonal der DBP auf freiwilliger Basis zur DB versetzt wird,
- Sachmittel (Omnibusse, Geräte und Ähnliches) auf die DB übergehen,
- die bei Bahn und Post vorhandenen Werkstattkapazitäten auch künftig genutzt werden,
- Genehmigungen nach dem Personalbeförderungsgesetz und die mit der Personalbeförderung zusammenhängenden Rechte und Pflichten auf die DB übertragen werden.

Die bestehenden Regionalverkehrsgesellschaften können in der bisherigen Form zunächst weitergeführt werden.

Mit der Billigung dieser Vorschläge verbindet die SPD-Bundestagsfraktion die Erwartung, daß die Bundesregierung nunmehr geeignete Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Empfehlungen einleitet.
(-/5.7.1979/vo-he/hgs)

+ + +

